

Niederschrift

über die in der 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien, Frauen, Senioren, Jugend, Gesundheit und Sport des Landkreises Limburg-Weilburg am 2. November 2022 im Bürgerhaus Lilie in Löhnberg gefassten Beschlüsse

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

Anwesend:

a) Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Familien, Frauen, Senioren, Jugend, Gesundheit und Sport

Ruoff, Michael	Vertretung für Balmert, Lisa Marie
Droßard-Gintner, Ingeborg	Stell. Vorsitzende
Jung, Oliver	Vertretung für Eufinger, Jürgen
Geis, Birgitte	
Grän, Tobias	
Valeske, Klaus	Vertretung für Hoppe, Kornelia
Horn, Melanie	
Lampe-Bullmann, Claudia	
Müller, Sandra	
Radkovsky, Christian	Vorsitzender
Höfner, Andreas	Vertretung für Zips, Christine

b) Kreisausschuss:

Köberle, Michael	(Landrat)
Sauer, Jörg	(Erster Kreisbeigeordneter)

c) Zuhörer

Steioff, Bernd

d) Verwaltung:

Kieserg, Jan	(Referat Büro Landrat)
Leber, Thorsten	(Referat Büro Landrat)
Sauerwein, Michael	(Amtsleitung Sozialamt)
Schmidt, Dirk	(Sozialamt)
Schütz, Marc	(Sozialamt) als Schriftführer
Zimmermann, Marianne	(Sozialamt)

Tagesordnung

1. Geschäftliches
2. Erlass einer 1. Nachtragssatzung zur Satzung zur Erhebung von Unterbringungsgebühren in Unterkünften für Flüchtlinge (VL-396/2022)
3. Teilhabeplanung für Ältere (AT-9/2022)
4. Prüfung einer mobilen Hausarztpraxis im Landkreis Limburg-Weilburg (AT-3/2022)

1. Geschäftliches

Der Ausschussvorsitzende, Christian Radkovsky, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreter der Verwaltung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Erlass einer 1. Nachtragssatzung zur Satzung zur Erhebung von VL-396/2022 Unterbringungsgebühren in Unterkünften für Flüchtlinge

Zunächst beschreibt Herr Landrat Köberle die derzeitige Situation bei der Aufnahme von Flüchtlingen ähnlich der Situation in 2015-17. Herr Schmidt vom Sozialamt erläutert die Zahlen im Haushaltsentwurf: 5,4 Mio. Euro seien auf der Kostenseite eingeplant. Dem stünden im Bereich Unterbringung 1,3 Mio. Euro Erträge aus Gebühren, beispielsweise vom Jobcenter gegenüber. Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG müssen keine Gebühren zahlen. Hierfür erhält der Landkreis Pauschalen durch das Land Hessen. Diese werden jedoch auf anderen Kostenstellen gebucht. Herr Landrat Köberle stellte fest, dass Kosten und Erträge in der Unterbringung ausgeglichen kalkuliert seien.

Der Ausschussvorsitzende Herr Radkovsky merkte an, dass der Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss der Nachtragssatzung bereits zugestimmt habe.

Die Anfrage von Frau Geis zu den geringeren Personalkosten wurde inhaltlich erläutert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien, Frauen, Senioren, Jugend, Gesundheit und Sport empfiehlt dem Kreistag die 1. Nachtragssatzung zur Satzung zur Erhebung von Unterbringungsgebühren zu beschließen.

Beratungsergebnis:

11 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Enthaltung(en)

3. Teilhabeplanung für Ältere

AT-9/2022

Einleitend skizziert Herr Radkovsky die bei der Präsentation in der vorletzten Sitzung des Ausschusses schon deutlich gewordenen Vorteile und Chancen einer digitalen Sozialplanung.

Herr Schütz vom Sozialamt präsentierte direkt online den derzeitigen Bearbeitungsstand des digitalen Sozialnetzwerkes, in dessen Rahmen auch die Teilhabeplanung für Ältere stattfinden wird: Sämtliche Seiten sind bereits programmiert und angelegt; das Layout – angelehnt an das der Kreis-Webseite – muss nur noch rudimentär angepasst werden; verschiedene Stellen im Sozialamt überarbeiten derzeit ihre statischen Inhalte; viele Statistiken sind bereits hinterlegt und werden als Grafiken an verschiedenen Stellen ausgespielt; die beauftragte Agentur und die Koordinatoren testen derzeit die Eingabemaske und Verarbeitung der Datenbank.

Herr Köberle wirft anschließend nochmals einen kurzen Blick zurück auf den Sozialbericht, der 10 Jahre gebraucht habe, bis vom Auftrags-Beschluss des Kreistages dann ein 200 Seiten-Werk vorgelegen habe, das zu diesem Zeitpunkt aber schon veraltet gewesen sei. Ähnlich problematisch sei die Publikation der vergangenen Altenhilfepläne gewesen. Das neue

Sozialnetzwerk biete aus seiner Sicht wirklich einen Mehrwert, weil es aktueller sei und vor allem einfacher in der Zugänglichkeit und Nutzung.

In der Diskussion wurden von den Ausschussmitgliedern folgende Aspekte angefragt und angeregt:

- Barrierefreiheit (bereits bei der letzten Präsentation mit dem Hinweis auf die gleichen Möglichkeiten der Kreis-Webseite beantwortet),
- Einbeziehung Datenbank Oberlahn.de (bereits bei der letzten Präsentation mit der Nicht-Kompatibilität der unterschiedlichen Datenbanken beantwortet),
- Freigabe-Funktion der Einträge (bereits bei der letzten Präsentation mit vorgesehen beantwortet, nun konkretisiert durch eine verbindliche Freigabe durch Fachdienst 51.10 bei der Anmeldung und Information von FD 51.10 über dann eventuell folgende Termineinträge),
- Anfrage inwiefern Akteure bei ihrer Registrierung unterstützt werden (bereits bei der letzten Präsentation beantwortet: aufbauend auf den Erfahrungswerten der Agentur seit 10 Jahren mit der Datenbank wurde Unterstützung durch die Agentur bereits im Angebot mit einkalkuliert und erfolgt auch durch FD 51.10 vor allem in der Startphase, auch im Sinne einer Kontaktpflege),
- Frage nach der Einbeziehung des Kreissenorenbeirates (bereits bei der letzten Präsentation beantwortet – er war zur Auftaktveranstaltung der Teilhabeplanung eingeladen, ein neuer KSB hat sich noch nicht konstituiert).

Frau Horn fragte an, wie nun die zeitliche Planung aussehe. Herr Schütz erläutert, dass die Testphase der Datenbank bis Ende des Jahres abgeschlossen sei, parallel dazu weitere Statistiken und Inhalte eingepflegt werden. Unmittelbar darauf folge direkt nach dem Jahreswechsel die Programmierung der Ausgabe-Masken als interaktive Landkarte und Liste. Dann würde man wirklich die Seite mit ihren Funktionen richtig wahrnehmen können und die ersten Akteure könnten einbezogen werden und mit der Eingabe ihrer Daten beginnen. Eine Kontaktaufnahme dazu erfolgt durch die Netzwerk-Koordinatoren (FD 51.10). Die eigentliche Veröffentlichung hänge noch davon ab, wann wirklich nennenswerte Datensätze eingegeben und somit auch ausgespielt werden können, davon lebe die Seite. Die Präsentation in der Öffentlichkeit und damit auch Verfügbarkeit der Teilhabeplanung für Ältere könne also noch im Frühjahr erfolgen.

Abschließend bat Herr Schütz die anwesenden Mitglieder, mögliche Akteure in ihrem jeweiligen Umfeld zum Mitwirken einzuladen – sei es durch die Registrierung in der Datenbank, den Eintrag von Terminen, Angeboten und Veranstaltungen oder auch einen Beitrag als Impuls-Text über best-practice-Modelle oder neue Ideen im Rahmen der Teilhabeplanung für Ältere.

Herr Radkovsky stellte Einvernehmen fest, das Thema Sozialnetzwerk und somit auch die beinhaltete Teilhabeplanung für Ältere im Geschäftsgang zu belassen.

4. Prüfung einer mobilen Hausarztpraxis im Landkreis Limburg- Weilburg AT-3/2022

Herr Erster Kreisbeigeordneter Sauer weist zu Beginn noch einmal auf die unterschiedlichen Voraussetzungen zur Situation in Nordhessen hin. Er schlägt direkt vor, auch dieses Thema im Geschäftsgang zu belassen und auf neue Entwicklungen zu reagieren.

Darüber hinaus schildert er, wie sehr sich bei allen Überlegungen und Planungen zur Gesundheitsversorgung seit dem Ukraine-Krieg die Schwerpunkte auf allen Ebenen verschoben hätten. Im Fokus stünde nun eine Versorgungssicherheit auch im Kontext des Katastrophenschutzes sicherzustellen.

Ferner gäbe es aber einige neue Ansätze im Gesundheitsamt zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung:

- ausgearbeitet sei ein Entwurf für ein Konzept der Gesundheitsregion Limburg-Weilburg;
- eine Zusammenkunft von Ärzten, Kliniken, KV und Gesundheitsamt im Rahmen einer Gesundheitskonferenz zur Verbesserung der Gesundheitsstruktur im Landkreis habe bereits als neues Format erstmals stattgefunden;
- für die Entwicklung einer kommunalen Gesundheitsstrategie seien bereits Fördergelder beantragt worden; das Projekt sei für 52 Monate aufgelegt und beinhalte eine eingehende Analyse und Gesundheitsberichterstattung.

Herr Radkovsky stellte Einvernehmen fest, das Thema unter der neuen Bezeichnung „kommunale Gesundheitsstrategie“ im Geschäftsgang zu belassen.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, bedankt sich Herr Radkovsky für die Beratung und schließt die Sitzung um 18:15 Uhr.

Ausschussvorsitzender:

Schriftführer:

gez. Christian Radkovsky

gez. Marc Schütz

gesehen:

gez. Michael Köberle, Landrat